

# Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

die erste Sitzungswoche des Bundestages nach der parlamentarischen Sommerpause hat für viel Aufmerksamkeit gesorgt: Die **erste Lesung des Bundeshaushaltsplanes**, die in dieser Woche stattfand, ist traditionell eine Debatte um die großen Linien der Politik. Ein Jahr nach der Übernahme der Regierung durch Schwarz-Gelb wird mit dem neuen Haushaltsplan deutlich: **Diese Koalition spaltet unser Land, statt es zu einen.** Bei sozial Schwachen soll weiter massiv gekürzt werden: Geringverdiener erhalten keinen Heizkostenzuschuss mehr, Alleinerziehenden ohne Erwerbseinkommen wird das Elterngeld gestrichen, Arbeitslose bekommen keinen Rentenversicherungsbeitrag mehr und bei den Vermittlungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit wird gekürzt. Damit wird die Schere zwischen Arm und Reich in unserem Land noch weiter geöffnet. Sigmar Gabriel hat in seiner Rede zum Haushaltsplan des Bundeskanzleramtes deutlich gemacht: **Wir brauchen in Deutschland eine Regierung, die sich der sozialen Themen ernsthaft annimmt.** Wir brauchen keine schwarzgelbe Klientelpolitik für Lobbyisten, die nach den Steuergeschenken an Hoteliers nun der Atomlobby mit längeren Laufzeiten der Atomkraftwerke Milliardenprivilegien verschafft. Schwarz-Gelb ist unsozial, verantwortungslos und zukunftsfeindlich.

Wir Sozialdemokraten haben hier in der Bundestagsfraktion, aber auch in vielen Ortsvereinssitzungen und informellen Treffen in den letzten Wochen viel über **Integrationspolitik** gesprochen. Jeder, innerhalb und außerhalb der



**Berlin-Brief, Ausgabe 80  
17. September 2010**

*Meine Termine*

**16. SPD-Bürgerfest OV Mühlbach**

19.09.2010, 13.30 h, Bürgerhalle  
Eppingen-Mühlbach

**IHK-Bestenehrung**

23.09.2010, 18 h, Intersport-Center Heilbronn

**Festveranstaltung 50 Jahre Telefunken**

24.09.2010, 18.30 h, Festzelt Telefunken-Park

**Versammlung des Regionalverbands Heilbronn-Franken**

24.09.2010, 9.00 h, Eppingen-Richen

**Eröffnung 330. Brettacher Markt**

25.09.2010, 14.00 h, Rathaus Brettach

**Außerordentlicher SPD-Bundesparteitag**

25. und 26.09.2010, Berlin-Kreuzberg

*Josip Juratovic MdB*

**Abgeordnetenbüro**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

[josip.juratovic@bundestag.de](mailto:josip.juratovic@bundestag.de)

**Bürgerbüro**

Untere Neckarstr. 50  
74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

[josip.juratovic@wk.bundestag.de](mailto:josip.juratovic@wk.bundestag.de)

**Im Internet:**

[www.juratovic.de](http://www.juratovic.de)

*Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!*

SPD, darf und soll offen und ehrlich über die Probleme der Integrationspolitik diskutieren. Deswegen ist noch niemand aus der SPD geflogen und deswegen wurde auch das Ausschlussverfahren gegen Thilo Sarrazin nicht eingeleitet. Der Grund für den Antrag auf ein Ausschlussverfahren ist ein anderer: Sarrazin sagt, dass ärmere Menschen dumme Kinder bekommen und wohlhabendere Menschen intelligente Kinder. An die Idee von sozialem Aufstieg durch Bildung glaubt er nicht. Damit stellt er die Grundidee der deutschen Sozialdemokratie in Frage. Das Verfahren liegt nun bei der **Schiedskommission**, die beide Seiten anhören und dann eine Entscheidung treffen wird.

Die Debatte um Integration, die durch so unsachliche und falsche Thesen von Thilo Sarrazin angestoßen wurde, muss eine **neue Qualität** bekommen. Wir müssen uns fragen: **Wie schaffen wir es, dass sich alle Menschen, die in Deutschland leben – mit oder ohne Migrationshintergrund –, mit unserem Land identifizieren?** Dazu brauchen wir zuallererst **mehr Ehrlichkeit und gegenseitigen Respekt** in der Debatte, die wir gemeinsam und offen führen müssen.

Ein weiteres, sehr emotionales Thema ist die Diskussion um **Stuttgart 21**. Ich habe mich einem **Antrag der SPD-Bundestagsfraktion** angeschlossen, der sich **gegen den Weiterbau bis zur Volkabstimmung** ausspricht. Was wir jetzt brauchen, ist mehr Bürgerbeteiligung. Nur so können wir die emotional stark aufgeladene Situation überwinden. Es ist unvorstellbar, ein Bauprojekt dieser Dimension über viele Jahre hinweg ohne breite Legitimation umzusetzen. Die Bürger selbst sollen über die Zukunft von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm im Rahmen einer landesweiten Volksabstimmung entscheiden können, auch im vollen Wissen über die Kosten und die Folgen eines Ausstiegs. Bis zu einer solchen Volksabstimmung sollen alle Bau- und Abrissarbeiten ruhen. Das Großprojekt Stuttgart 21 war in der SPD immer heftig diskutiert. Es gab schon immer vehemente Befürworter wie Gegner in der SPD. Zuletzt haben wir uns auf dem Landesparteitag im November 2009 deutlich hinter das Projekt gestellt. Mit der Volkabstimmung hoffe ich, dass die **Debatte zurück auf ein sachliches Niveau** geführt wird. Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie anbei.

Mit freundlichen Grüßen

